

# **Archiv der Gossner Mission**

**im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin**



Signatur

**Gossner\_G 1\_1923**

Aktenzeichen

4/15/7; 4/15/8

## **Titel**

Schriftwechsel mit dem Kuratorium

Band

Laufzeit

1940 - 1941

## **Enthält**

u. a. Briefe an Kuratoriumsmitglieder 1940-1941; Arbeitsbericht der Gossner Mission 1939/40 "Das erste Kriegsjahr"; Papiere betr. Zusammenarbeit zwischen gossner Mission und Berliner Missionsgesellschaft (mögliche Arbeitsgemeinschaft); auch zwei Schrif

Digitalisiert/Verfilmt

2009

von

Mikro-Univers GmbH



*Politische Versammlung der Mundas und Uraons in Ranchi*

# Das erste Kriegsjahr

Arbeitsbericht  
der Gossnerschen Mission  
für die Jahre 1939/40

Das Arbeitsjahr 1939 begann mit der Generalsynode der Gossnerischen Evangelisch-Lutherischen Kirche von Chota-Nagpur und Assam, die vom 14. bis 21. Januar in Ranchi stattfand. Die Synode, die sonst im April jeden Jahres tagt, war mit Rücksicht darauf vorverlegt worden, daß die beiden deutschen Teilnehmer an der Weltmissionskonferenz in Tambaram, die Missionsdirektoren D. Knäk und D. Dr. Ihmels, im Anschluß an die Konferenz das Gossnersche Missionsfeld auffuchen wollten. Beide Herren haben als Gäste sowohl an allen Sitzungen der Kirchentagung als auch an den Missionarskonventen teilgenommen und dabei einen tiefen Einblick in das Leben der jungen Koliskirche gewonnen. Der Präsident der Kirche, Präses Lic. Stofch, leitete die Synode. An einem Abend hatten die beiden deutschen Gäste und Teilnehmer an der Weltmissionskonferenz in Südindien die Gelegenheit, vor den Vertretern der Koliskirche über die Bedeutung der Weltmissionskonferenz zu sprechen. Auf der Synode wurden ferner die beiden neu aus Deutschland eingetroffenen Missionare Jellinghaus und Borutta vorgestellt und das Hirtenschreiben des Berliner Kuratoriums entgegengenommen. Die wichtigsten Beschlüsse, die die Generalsynode faßte, waren folgende. Während die Missionare seit ihrer Rückkehr nach dem Weltkriege unmittelbar unter der Leitung der Kirche arbeiteten, wurden sie jetzt unter sich zu einem Missionarskonvent zusammengeschlossen, der unter der Führung eines Missionspräses wieder selbständige Funktionen und Rechte erhält. So entsteht wieder ein Gegenüber zwischen Kirche und Mission. Die Missionare gehen nicht mehr in der Kirche auf, sondern können nun auch aus eigener Initiative in das Leben der Kirche eingreifen. Diese Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Mission bezweckt eine Stärkung der Autorität der Missionare, die sich auf Grund langjähriger, zum Teil bitterer Erfahrungen als notwendig erwiesen hatte und von der zu erhoffen ist, daß sie sich im Dienst der Kirche segensreich auswirken wird. Ferner wurde das Verhältnis zwischen der Missionshochschule und der Kirche neu geregelt. Danach werden fortan der Rektor und die Lehrer der Hochschule von der Schulleitung berufen und entlassen, aber nicht ohne die Bestätigung des Kirchenrates, die in jedem Falle erforderlich ist. Auf dem Wege der Verfelbständigung der Kirche wurde durch die Einführung einer Gemeindeordnung fortgeschritten, die zugleich eine Dienst-anweisung für die Pastoren darstellt und vor allem die finanzielle Verfelb-

ständigung der Einzelgemeinde im Auge hat. Die Frage einer bischöflichen Verfassung der Kirche wurde auf die nächstjährige Synode vertagt. Die Versammlung nahm den Präsidialbericht, die Schulberichte und den Bericht über die Schwesternarbeit zustimmend entgegen. Besondere Anerkennung fanden die Fortschritte, die vor allem die Missionshochschule unter der Leitung von Missionar Dr. Wolff gemacht hatte, und der Plan der Missionschwestern Anni Diller und Hedwig Schmidt, eine Gemeindedienstschule für junge Mädchen auf der Missionsstation Gumla zu eröffnen.

In der letzten Zeit war in den Gemeinden eine Beunruhigung durch die aus einem besonderen Anlaß aufgeworfene Frage entstanden, ob nicht neben den deutschen Missionaren auch amerikanische in die Arbeit an der Kolskirche eintreten sollten. Hier leisteten die beiden deutschen Gäste sowohl der Kirche wie auch der Mission durch ihre Anwesenheit einen besonderen Dienst, indem sie auf Grund einer Rücksprache, die sie mit amerikanischen Missionsführern gehabt hatten, ausdrücklich erklären konnten, daß die uns befreundeten amerikanischen Missionen nicht daran dächten, Missionare nach Chota Nagpur zu entsenden. Welches Vertrauen die Kirche trotz mancherlei Spannungen, die zwischen Missionaren und einzelnen Kirchenführern bestanden hatten, der deutschen Mission entgegenbringt, zeigt die Tatsache, daß der soeben aus Deutschland eingetroffene junge Missionar Jellinghaus von der Synode zum Kassierer der Kirche gewählt wurde. Am Ende der Tagung konnten alle Teilnehmer mit großem Dank auf diese das Arbeitsjahr 1939 eröffnende Generalsynode der Kirche zurückblicken.

Am 1. März des Jahres 1939 wurde die Gemeindedienstschule in Gumla unter dem Namen Tabitha-Schule und mit 18 Schülerinnen eröffnet: der jüngste Trieb an der alten Gossner'schen Schwesternarbeit. Die Jahrhundertfeier des Deutschen Evangelischen Diakonissenwerkes im Jahre 1939 zog nämlich die unbekannte Tatsache ans Licht, daß der Gründer der Gossner'schen Mission, Johannes Evangelista Gossner, der auf den verschiedensten Gebieten der Inneren und Äußerer Mission die fruchtbarsten Anregungen gegeben hat, auch die ersten Diakonissen aufs Missionsfeld hinausgeschickte. Es handelt sich um die drei Missionschwestern Auguste Winter, Dorothea Feldner und Sophie Wernicke, die im Jahre 1840 in die Gangesmission hinausgingen, nachdem sie in dem ein Jahr vor Kaiserswerth durch Gossner gegründeten Elisabeth-Kranken- und Diakonissenhaus ausgebildet waren. Die Schwesternarbeit in der Kolsmission ist verhältnismäßig jung. Aber sie wuchs, vor allem bei dem Missionarmangel in der Nachkriegszeit, sehr schnell in eine große Verantwortung hinein. Welch eine Fülle von Aufgaben haben unsere Missionschwestern zu lösen: Neben den Dienst an den Kranken tritt die Arbeit an und mit den Bibelfrauen, die weibliche Jugendarbeit, die Einrichtung von Kindergärten, die Beaufsichtigung der Mädchenschulen, Evangeli-

lationsvorträge vor Frauen und mancherlei Gemeindearbeiten, die eigentlich nur von Missionaren geleistet werden können. Nun wurde der Aufgabenkreis der Schwestern auf eine verheißungsvolle Weise durch die Gründung der Tabitha-Schule erweitert, in der junge Mädchen aus dem gesamten Missionsgebiet für den Dienst einer christlichen Frau in Haus und Gemeinde in einem zweijährigen Lehrgang systematisch vorgebildet werden sollen.

Der wichtigste Dienst, den die deutschen Missionare der jungen werdenden Kirche leisten können und den diese auch von ihnen erwartet, ist die Vertiefung des geistlichen Lebens. Mit Recht stellt einer der beiden deutschen Gäste auf der Generalsynode, Missionsdirektor D. Dr. Ihmels, in seinem Bericht über seinen Besuch des Gossnerischen Missionsfeldes fest: »Die Gemeinden sind durch die Zeit des Weltkrieges ihrer Missionare beraubt gewesen, und die Amerikaner, welche mit Geld ausgeholfen und die Verwaltung in Gang gehalten haben, konnten nicht genügend Ersatzkräfte zur Verfügung stellen. So ist eine geistliche Unterernährung vorhanden. Darum erscheint auch auf diesem Felde die Anwesenheit der deutschen Missionare und Schwestern von größter Wichtigkeit. Ihre Aufgabe ist vor allem darin zu suchen, den Gemeinden die geistlichen Erfahrungen der deutschen Reformation zu erschließen. Es ist zu hoffen, daß durch solch vertiefende Arbeit auch die missionarische Kraft der Gemeinden wieder gestärkt wird. Heute ist es so, daß in den meisten Bezirken ein Stillstand in der Christianisierung eingetreten ist. Die Kirche ringt um ihre Selbstbehauptung, hat aber nicht die Kraft, den Angriff weiterzutragen. Erfreulich ist, daß diese Schau sich weithin auch bei den Indern durchgesetzt hat. Auch sie sprachen es offen aus, daß man die Missionare braucht, daß man die Verbindung nach Deutschland hin nicht verlieren möchte.« Aus solchen Erwägungen heraus sah das Arbeitsprogramm der Missionare für 1939 ebenso wie in den Vorjahren eine verstärkte Bibelarbeit mit den Gemeindearbeitern und Gemeinden vor. Leider konnte infolge des Ausbruchs des Krieges das Programm nicht durchgeführt werden. Zwar fand im Mai des Jahres 1939 noch ein gut besuchter Katechistenkursus unter der Leitung des Präses Lic. Stosch in Ranchi statt, an dem Missionar Dr. Wolff mitarbeitete; auch konnte Missionar Radtsch in Assam drei große Glaubenskonferenzen im Jorhat-, Dibrugarh- und Derrang-Distrikt abhalten, die von 200, resp. 350 und 890 Christen besucht waren. Dann brach der Krieg aus.

Zu diesem Zeitpunkt standen folgende Missionare und Missionschwestern in Chota Nagpur in der Arbeit: Präses Lic. Stosch in Ranchi, Missionar Radtsch in Tezpur (Assam), Dr. Wolff mit Frau in Ranchi, Missionar Klimkeit mit Frau und Kind in Kinkal, Missionar Jellinghaus mit Frau und zwei Kindern in Ranchi, Missionar Borutta und Frau in Tezpur (Assam), Schwester Auguste Fritz in Takarma, Schwester Irene Storim in Govindpur und die Schwestern



Anni Diller und Hedwig Schmidt in Gumla. Missionar Kerschis war mit seiner Frau und Pflögetochter im Mai 1939 nach Deutschland zurückgekehrt, während Missionar Schulze mit seiner Frau und in Begleitung der verwitweten Frau Missionar Diller kurz vor Ausbruch des Krieges am 29. August in Berlin zu seinem Heimaturlaub eintraf.

Auf dem Missionsfelde wurden alle Missionare am 3. September in Ranchi gefangengefetzt, am 7. September nach Dinapur abgeschoben und Mitte September in Ahmednagar bei Bombay interniert. Nur Missionar Klimkeit, der als Memelländer die litauische Staatsangehörigkeit besaß, blieb als einziger männlicher Missionsarbeiter vor der Internierung bewahrt. Alle Missionarsfrauen und Missionschwestern durften zunächst auf ihren Stationen bleiben und die Arbeit fortführen. Auf der Hauptstation Ranchi übernahmen die beiden Missionarsfrauen Dr. Hanna Wolff und Irmgard Jellinghaus (beide Theologinnen) an Stelle ihrer verhafteten Männer den Unterricht am Theologischen Seminar und verhinderten auf diese Weise seine Schließung. Bei seiner Abreise aus Ranchi hatte Präses Stosch hinterlassen, daß man seitens des Kirchenrates keine wesentlichen Veränderungen in der Leitung und Verwaltung der Kirche vornehmen dürfe; er hoffe, bald wieder aus dem Internierungslager entlassen zu werden. Diese Hoffnung erfüllte sich gegen Ende des Monats November. Präses Stosch traf wieder am 23. November in Ranchi ein und übernahm erneut die Leitung der Kirche. Zu gleicher Zeit war auch Missionar Radtsch, der leitende Missionar in Assam, zur Entlassung gelangt. Dr. Wolff kehrte am 27. November nach Ranchi zurück und behielt die Verwaltung der Missionshochschule in Händen, obwohl durch Regierungsverfügung auch ihm wie allen anderen Missionaren und Missionschwestern der öffentliche Unterricht in den Schulen unterfagt blieb. Die Missionare Jellinghaus und Borutta wurden erst im Januar 1940 aus der Haft entlassen und langten am 16. Januar in Ranchi an. Irgendeine schriftliche Erklärung oder eine Verpflichtung, die sich gegen ihr Vaterland richtete, wurde von den Missionaren bei ihrer Entlassung nicht abverlangt. Um die Jahreswende hatten alle Missionschwestern und auch Missionar Klimkeit den Befehl erhalten, ihre Stationen aufzugeben und nach der Hauptstation Ranchi überzusiedeln. Nur Präses Stosch und Missionar Radtsch behielten ihre Bewegungsfreiheit, während die anderen Missionsgeschwister Ranchi nur mit besonderer Erlaubnis verlassen durften. Durch diese Regierungsmaßnahmen wurden die Arbeitsmöglichkeiten der Missionsgeschwister stark eingeschränkt. Dennoch ist die Arbeit sowohl in den Gemeinden wie auch in den Schulen fortgeführt worden. Allerdings mußte die Tabitha-Schule in Gumla vor Abschluß ihres ersten Jahrgangs vorzeitig geschlossen werden; aber die beiden leitenden Schwestern Anni Diller und Hedwig Schmidt entließen die Schülerinnen mit einem bestimmten Arbeitsauftrag in ihre Heimatgemeinden

und verstanden es, durch Schulungsbriefe die jungen Mädchen in ihrer Arbeit zu beraten und zu fördern. In Ranchi gaben die beiden Schwestern an der Mädchenmittelschule Religions- und Handarbeitsunterricht. Auch Schwester Irene Storim behielt die Leitung der Mädchenschulen unseres Missionsfeldes in ihrer Hand, obwohl auch sie nicht mehr öffentlich unterrichten durfte. Infolge der Abwesenheit der Missionare von ihren Stationen machte sich bald der Mangel an Arbeitern stark fühlbar. Darum bereitete Präses Stosch im Januar des Jahres 1940 sechs bewährte Katechisten für die Ordination vor und ordinierte sie zu Pfarrern. Er selbst bereifte in den Monaten Februar und März das ganze Mundaland und besuchte dabei die entlegensten Mundaörfen. Auch die beiden Missionare Borutta und Klimkeit erhielten im Monat April die Erlaubnis zu einer kurzen zwölfstägigen Besuchereise durch die Gemeinden. Vom 19.-23. Mai 1940 fand die Generalsynode der Kolskirche statt und hatte einen erfreulichen Verlauf. Im Anschluß an die Tagung der Synode wurde ein dreiwöchiger Bibelkurs für Bibelfrauen und Lehrerinnen abgehalten, an dem unter der Leitung von Präses Stosch vor allem die Missionschwestern Irene Storim, Anni Diller und Hedwig Schmidt mitarbeiteten. Schwester Auguste Fris kehrte als die älteste der Missionschwestern nach Deutschland zurück und traf am 28. März in Berlin ein.

Es ist ein unvollständiges Bild, das wir von der Arbeit auf unserem Missionsfelde während des Krieges geben können. Uns erreichte kein ausführlicher Arbeitsbericht. Nur kurze, höchst persönlich gehaltene Briefe hielten die Verbindung mit der Heimat aufrecht. So viel aber kann gesagt werden, daß die Arbeit bis in den Juni des Jahres 1940 hinein, wenn auch mit Einschränkungen, fortgeführt worden ist. Das war nächst Gottes Güte der hochherzigen und selbstlosen Hilfe des amerikanischen Zweiges des Lutherischen Weltkonvents zu danken, der durch seinen Mittelsmann, Missionar Dr. Cannaday in Guntur, sowohl die deutschen Missionsgeschwister wie auch die Kolskirche regelmäßig mit Geldmitteln versorgte. Die deutsche Missionsgemeinde ist den lutherischen Kirchen Amerikas für diesen Freundesdienst zu tiefstem Dank verpflichtet.

Die Werbearbeit in der Heimat konnte auch während des Krieges fortgeführt werden, obwohl Missionsinspektor Elster seit Beginn des Jahres 1940 zum Heeresdienst eingezogen ist. Es unterstützten uns dabei auf das wirksamste: unsere Vertrauensmänner in den einzelnen Freundesgebieten P. Müller-Ostpreußen, P. Linnemann-Ostfriesland, P. Gerhard-Schlesien, Konf.-Rat Karl Förtich-Prov. Sachsen, Senior Schmidt und P. Walter Förtich-Bayern; ferner eine Anzahl unserer früheren Missionare, die jetzt im Pfarramt stehen, und eine treue Schar uns befreundeter Pastoren; endlich in unermüdlicher und aufopfernder Reisesarbeit unsere Reisebrüder Missionar

Beckmann, Pfarrer Grätlich, Missionar Schulze und Pastor Heß. Die Einnahmen haben die gleiche Höhe wie im Vorjahr erreicht. Allerdings mußte die Ausendung von Missionar Schiebe und Frau Präses Stosch infolge des Kriegszustandes unterbleiben. Die Missionare Schiebe und Kerschis gingen in ein Pfarramt.

Was die Zusammenfassung des Kuratoriums betrifft, so sind an Stelle der heimgegangenen Generalluperintendenten D. Haendler und D. Vits die Herren Graf von Baudissin, Berlin-Schlachtensee, und Superintendent Diestel, Berlin-Lichterfelde, neu eingetreten.

Zu den Kriegsmaßnahmen, von denen die Heimarbeit betroffen wurde, gehört endlich die Verplanung und Kürzung der Missionszeitschriften. Unser Kinderblatt »Der Kindergruß« und unser Verteilblatt »Die kleine Biene« wurden mit den Zeitschriften mehrerer anderer Missionsgesellschaften zusammengelegt, während das der Missionsgesellschaft verbleibende Monatsblatt »Die Biene auf dem Missionsfelde« auf 8 Seiten beschränkt wurde. An die Stelle des »Kindergrußes« ist jetzt das Kinderblatt »Weite Fahrt« und an die Stelle der »Kleinen Biene« das Familienmissionsblatt »Blätter für Mission« getreten.

Die Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg kommen uns in Erinnerung. Damals mußte die Gossner'sche Missionsgemeinde zehn Jahre lang geduldig warten, bis ihr das durch den Kriegszustand verschlossene Missionsgebiet in Indien wieder geöffnet wurde. Welch eine Geduld gehörte dazu, für die Missionsleitung sowohl wie für jeden einzelnen Missionsfreund! Auch heute gilt es, sich von dem Herrn der Mission Geduld und Treue zu erbitten, um nicht müde zu werden und im Werke nachzulassen. Wir brauchen die Hände nicht in den Schoß zu legen. Niemals hat die Missionsgemeinde in Deutschland abseits vom kirchlichen Leben der Heimat gestanden. Sie darf es in dieser Zeit erst recht nicht tun. Mitten im Sturm der Weltgeschichte, mitten im Kriege vollzieht sich in unserem Volke eine große Sichtung. Wo das Christentum nur eine leere Form war und nur auf frommer Gewohnheit und von den Vätern überlieferter Sitte beruhte, da sinkt es innerlich ausgehöhlt dahin. Auf der anderen Seite wachen Menschen, die bisher nur in loser Fühlung mit der Kirche gestanden hatten, zu einem neuen religiösen Leben auf und erwarten auf ihr ernsthaftes Fragen eine echte Antwort. Da ist ferner die Jugend, die dessen bedarf, daß ihr die frohe Botschaft von dem Heil in Christus gesagt wird. So drängen sich uns Aufgaben volksmissionarischer Art gerade jetzt in einer solchen Fülle auf, daß niemand beiseite stehen kann. Es gibt keine Missionsgesellschaft in Deutschland, die sich ihrer volksmissionarischen Pflicht an der eigenen Heimat entziehen dürfte und könnte. Darum hat sich auch die Gossner'sche Missionsgesellschaft der »Arbeitsgemeinschaft der deutschen Volksmissionare« angeschlossen und



Pastor Eberhard Bethge bis auf weiteres zu ihrem volksmissionarischen Mitarbeiter berufen. Auch die Schriftenmission liegt unserer Missionsleitung am Herzen. Im besonderen ist sie an der Herausgabe von Bildblättern beteiligt und leistet damit einen volksmissionarischen Dienst, der zugleich der Kirche und der Mission zugute kommt. Wir bitten darum alle unsere Freunde, uns in dieser Zeit, in der wir durch den Krieg von unserem Missionsfelde abgeschnitten sind, hier aber in der Heimat vor großen neuen Aufgaben stehen, die Treue zu halten. Wir bitten sie um ihre Mitarbeit und um ihre Fürbitte. Der Herr der Mission wolle aber unsere gemeinsame Arbeit segnen und durch uns vor aller Welt offenbar machen, wovon die Jahreslosung der Kirche für das Jahr 1940 spricht. Mit ihr haben wir die Arbeit des laufenden Jahres begonnen, mit ihr grüßen wir unsere Freunde, während das Jahr zu Ende geht:

# Das Reich GOTTES steht nicht in Worten, sondern in KRAFT

Lohies

Missionsinspektor der Gossnerischen Mission



HEINRICH BEENKEN  
BERLIN C 2

Sehr verehrte Herren!

Wir sind durch mehrere Mitglieder unseres Kuratoriums darauf aufmerksam gemacht worden, dass in der Woche vom 10.-16. November die Bibelwoche stattfindet und dass darum ein Erscheinen zur Kuratoriumssitzung an dem vorgeschlagenen Termin (12. ds. Mts.) nicht möglich sei. Ich bitte herzlich um Entschuldigung, dass ich diese Tatsache übersehen hatte. ~~Wir haben nun~~ Nach Erwägung verschiedener anderer Termine und nach Rücksprache mit dem Herrn Vorsitzenden glaube ich nun doch, den Herren Mitgliedern unseres Kuratoriums vorschlagen zu müssen, dass in diesem Jahre noch eine Sitzung stattfindet, und zwar zu dem üblichen Termin: dem ersten Donnerstag des Monats; das wäre der 5. Dezember. Wir bitten von ganzem Herzen, sich wenigstens für diesen Termin freizuhalten und zu dieser Sitzung möglichst vollzählig zu erscheinen. Die Einladung dazu mit Tagesordnung wird eine Woche vorher versandt werden.

Allerdings bedarf ich zur Fortführung unserer Heimatarbeit und für einige dringende Angelegenheiten der schriftlichen Zustimmung resp. Ablehnung der einzelnen Kuratoriumsmitglieder. Es handelt sich dabei um folgende Fragen:

1.) Ich gedenke, zu Weihnachten unserem Missionsblatt "Die Biene auf dem Missionsfelde" als eine Weihnachtsgabe für alle unsere Missionsfreunde ein Weihnachtsbildblatt beizufügen, das ich in diesen Tagen herausbringe. Gleichzeitig, jedoch gesondert, soll an alle unsere Freunde ein Jahresbericht über unsere Arbeit im ersten Kriegsjahr zugesandt werden mit einer Zahlkarte und einem Anschreiben, auf dem ganz kurz um einen Beitrag zur Unkostendeckung gebeten wird. Diese "Aktion" geschieht in genauer Beachtung der Sammelbestimmungen und ist mit dem vom Missionsrat eingesetzten Ausschuss für Sammelfragen vorberaten worden. Ich erbitte hierzu die Zustimmung des Kuratoriums.

2.) Ferner war in der letzten Sitzung beschlossen worden, dass Herr Pastor Bethge probeweise (es war zuerst gesagt, bis zum 30. November) für die volksmissionarische Arbeit der Gossnerschen Mission berufen werden sollte. Da Herr Pastor Bethge bisher noch keine Einberufung zum Heeresdienst erhalten hat, bitte ich, die Probezeit verlängern zu wollen. Pastor Bethge hat für die Monate November und Dezember zu einem Teil selbst Bibelwochen in verschiedenen Gemeinden übernommen, wie auch solche in anderen Gemeinden eingerichtet und dafür Redner besorgt. Er arbeitet sich in seine Aufgabe hinein und braucht dazu, wie es sich aus der Sache selbst ergibt, einige Zeit. Wie lange diese Probezeit dauern soll, sollte in der nächsten Kuratoriumssitzung beschlossen werden. Heute nur die Bitte um Zustimmung, dass Bruder Bethge auch über den 30. November hinaus in seiner Arbeit bleibt.

3.) Unser Bruder Jakumeit, 29 Jahre alt, hat an das Kuratorium den Antrag gestellt, heiraten zu dürfen. Seiner Verlobung hat das Kuratorium bereits zugestimmt und dabei auch von dem tropenärztlichen Gesundheitsattest sowie von der Herkunft seiner Braut, Fräulein Nehring, Kenntnis genommen. Fräulein Nehring ist eine persönlich überzeugte Christin und stammt aus einem bewusst christlichem Hause. Bruder Jakumeit war, wie Sie wissen, schwer verwundet worden. Er ist aber wieder völlig ausgeheilt und befindet sich zur Zeit bei seiner Fronttruppe in Ostpreussen. Nach reiflicher Ueberlegung mit seinen Schwiegereltern und seinen Eltern richtet er, vor allem mit Rücksicht auf seine Braut, an das Kuratorium die Bitte, ihm die Erlaubnis zur Heirat zu gewähren.



Sehr verehrte Herren!

Wir sind durch mehrere Mitglieder unseres Kuratoriums darauf aufmerksam gemacht worden, dass in der Woche vom 10.-16. November die Bibelwoche stattfindet und dass dann ein Erscheinen zur Kuratoriumssitzung an dem vorgeschlagenen Termin (12. ds. Mts.) nicht möglich sei. Ich bitte herzlich um Entschuldigung, dass ich diese Tatsache übersehen hatte. Wir haben aus Nach Erwägung verschiedener anderer Termine und nach Rücksprache mit dem Herrn Vorsitzenden glaube ich nun doch, den Herren Mitgliedern unseres Kuratoriums vorschlagen zu müssen, dass in diesem Jahre noch eine Sitzung stattfindet, und zwar zu dem üblichen Termin: dem ersten Donnerstag des Monats; das wäre der 5. Dezember. Wir bitten von ganzem Herzen, sich wenigstens für diesen Termin freizuhalten und zu dieser Sitzung möglichst vollständig zu erscheinen. Die Einladung dazu mit Tagesordnung wird eine Woche vorher versandt werden.

Allerdings bedarf ich zur Fortführung unserer Heimarbeit und für einige dringende Angelegenheiten der schriftlichen Zustimmung resp. Ablehnung der einzelnen Kuratoriumsmitglieder. Es handelt sich dabei um folgende Fragen:

1.) Ich gedenke, zu Weihnachten unserem Missionsbüro "Die Biene auf dem Missionsfelde" als eine Weihnachtsgabe für alle unsere Missionen einen Weihnachtsbildblatt beizulegen, das ich in diesen Tagen herausbringe. Gleichzeitig, jedoch gesondert, soll an alle unsere Freunde ein Jahresbericht über unsere Arbeit im ersten Kriegsjahr zugesandt werden mit einer Zahlkarte und einem Anschreiben, auf dem ganz kurz um einen Beitrag zur Unkostendeckung gebeten wird. Diese "Aktion" geschieht in genauer Beachtung der Sammelbestimmungen und ist mit dem vom Missionarat eingesetzten Ausschuss für Sammelfragen vorbereitet worden. Ich erbitte hierzu die Zustimmung des Kuratoriums.

2.) Ferner war in der letzten Sitzung beschlossen worden, dass Herr Pastor Bethe probeweise (es war zuerst gesagt, bis zum 30. November) für die volkmissionarische Arbeit der Gossner'schen Mission berufen werden sollte. Da Herr Pastor Bethe bisher noch keine Einarbeitung zum Heeresdienst erhalten hat, bitte ich, die Probezeit verlängern zu wollen. Pastor Bethe hat für die Monate November und Dezember zu einem Teil selbst Bibelwochen in verschiedenen Gemeinden übernommen, wie auch solche in anderen Gemeinden eingerichtet und dafür Redner besorgt. Er arbeitet sich in seine Aufgabe hinein und braucht dazu, wie es sich aus der Sache selbst ergibt, einige Zeit. Wie lange diese Probezeit dauern soll, sollte in der nächsten Kuratoriumssitzung beschlossen werden. Heute nur die Bitte um Zustimmung, dass Bruder Bethe auch über den 30. November hinaus in seiner Arbeit bleibt.

3.) Unser Bruder Jakumeit, 29 Jahre alt, hat an das Kuratorium den Antrag gestellt, heilsten zu dürfen. Seiner Verlobung hat das Kuratorium bereits zugestimmt und dabei auch von dem tropenärztlichen Gesundheitsattest sowie von der Herkunft seiner Braut, Fräulein Wehring, Kenntnis genommen. Fräulein Wehring ist eine persönlich überzeugte Christin und stammt aus einem bewussten christlichen Hause. Bruder Jakumeit war, wie Sie wissen, schwer verwundet worden. Er ist aber wieder völlig ausgeheilt und befindet sich zu Zeit bei seiner Schwiegereltern und pressen. Nach reiflicher Überlegung mit seinen Schwiegereltern und vor allem mit Rücksicht auf seine Braut, im de Erlaubnis zur Heirat zu erteilen, das Kuratorium die Bitte,

Ich habe in dieser Frage sowohl mit unserem Herrn Vorsitzenden wie auch mit der Leitung der Berliner Mission Rücksprache genommen. Die Berliner Mission hat bisher in allen diesen Fällen die Erlaubnis zur Heirat erteilt. Sie tut es vor allem im Blick auf die ungewisse Länge des Krieges und vor allem auch aus seelsorgerlichen Gründen. Bruder Jakumeit hat gerade aus einem Besuch im Berliner Missionshause die Hoffnung gewonnen, dass sein Antrag vom Kuratorium nicht abgelehnt werden möchte. Er rechnet auch ganz ernsthaft mit der Tatsache, dass er fallen könnte. Dann eben wäre die Zukunft seiner Braut gesicherter, wenn sie nicht als Verlobte eines gefallenen Frontsoldaten, sondern als dessen Witwe dastehen würde. Ich möchte nicht aus diesem, m. E. irrigen Grunde, sondern aus dem gleichen seelsorgerlichen Grunde, aus dem die Berliner Mission die Heiratsanträge bewilligt, dem Kuratorium empfehlen, dem Antrage unseres jungen Bruders Jakumeit zuzustimmen. Finanziell erwachsen der Gossnerschen Mission, solange Jakumeit noch Kandidat ist, keine Verpflichtungen gegenüber der Ehefrau (weder Gehaltserhöhung noch Pension). Auch in diesem Punkte würden wir mit der Berliner Mission übereinstimmend verfahren. Der Herr Vorsitzende hat nach Anhörung des Falles bereits erklärt, dass er seinerseits die Zustimmung zur Heirat unseres Missionskandidaten Jakumeit geben würde. Da diese Frage drängt (Jakumeit kann nicht wissen, wie lange er noch in Ostpreussen bleibt), bitte ich das Kuratorium, auch zu diesem Punkte die schriftliche Zustimmung geben zu wollen.

Eine Postkarte zur Rückantwort fügen wir bei.

Sehr verehrte Herren, Sie sehen aus alledem, dass wir auf unsere Kuratoriumssitzungen nicht recht verzichten können. Dennoch möchten wir vor allem unseren auswärtigen Kuratoriumsmitgliedern in dieser Zeit die Herreise nach Berlin möglichst ersparen und schränken darum unsere Sitzungen, soweit es irgend geht, ein. Für den 5. Dezember aber bitten wir Sie, sich zu einer letzten Sitzung dieses Jahres die Zeit vorzubehalten zu wollen.

Hochachtungsvoll

Ihr

sehr ergebener

*Lotze*

1 Anlage!



Ich habe in dieser Frage sowohl mit unserem Herrn Vorsitzenden wie auch mit der Leitung der Berliner Mission Rücksprache genommen. Die Berliner Mission hat bisher in allen diesen Fällen die Erlaubnis zur Heirat erteilt. Sie tut es vor allem im Blick auf die ungewisse Länge des Krieges und vor allem auch aus seelsorgerlichen Gründen. Bruder Jakumeit hat gerade aus einem Besuch im Berliner Missionshaus die Hoffnung gewonnen, dass sein Antrag vom Kuratorium nicht abgelehnt werden möchte. Er rechnet auch ganz ernsthaft mit der Tatsache, dass er fallen könnte. Dann eben wäre die Zukunft seiner Braut gesicherter, wenn sie nicht als Verlobte eines gefallenen Frontsoldaten, sondern als dessen Witwe dastehen würde. Ich möchte nicht aus diesem, m. E. richtigen Grunde, sondern aus dem gleichen seelsorgerlichen Grunde, aus dem die Berliner Mission die Heiratsanträge bewilligt, dem Kuratorium empfehlen, dem Antrag unseres jungen Bruders Jakumeit zustimmen. Hinsichtlich erwachsen der Gossnerischen Mission, solange Jakumeit noch Kandidat ist, keine Verpflichtungen gegenüber der Theozie (weder Gelderhöhung noch Pension). Auch in diesem Punkte würden wir mit der Berliner Mission übereinstimmend verfahren. Der Herr Vorsitzende hat nach Anhörung des Falles bereits erklärt, dass er seinerseits die Zustimmung zur Heirat unseres Missionarjakumeits geben würde. Da diese Frage drängt (Jakumeit kann nicht wissen, wie lange er noch in Gossneren bleibt), bitte ich das Kuratorium, auch zu diesem Punkte die schriftliche Zustimmung geben zu wollen.

Eine Postkarte zur Rückantwort fügen wir bei.

Sehr verehrte Herren, Sie sehen aus alledem, dass wir auf unsere Kuratoriumsleistungen nicht recht verzichten können. Dennoch möchten wir vor allem unseren auswärtigen Kuratoriumsmitgliedern in dieser Zeit die Herreise nach Berlin möglichst ersparen und schränken darum unsere Sitzungen, soweit es irgend geht, ein. Für den 5. Dezember aber bitten wir Sie, sich zu einer letzten Sitzung dieses Jahres die Zeit vorzubehalten zu wollen.

Hochachtungsvoll

Ihr  
sehr ergebener

*Handwritten signature*

I Anlage!

4,157 Kuratorium

Gossnersche Missionsgesellschaft

Berlin-Friedenau, den 30.12.1940

Handjerystr. 19/20

negei Kossner am 30.12.1940 mit dem Brief, die ich Ihnen  
schreibe, mit dem ich Sie bitten möchte, die Sitzung des  
Kuratoriums am 6. Februar 1941 abzusagen und die  
Sitzung zu verschieben.

An die  
Herren des Kuratoriums

Sehr vereehrte Herren!

In der letzten Kuratoriumssitzung ermächtigten mich die anwesenden Herren des Kuratoriums, die Sitzung im Januar ausfallen zu lassen, falls nicht äusserst dringende Angelegenheiten vorliegen sollten. Ich mache von dieser Ermächtigung Gebrauch und schlage vor, die nächste Kuratoriumssitzung erst am Donnerstag, dem 6. Februar, abzuhalten. Zugleich bitte ich um freundliche Mitteilung, ob dieser vorgeschlagene Termin Ihnen recht ist oder Sie verhindert sind, an diesem Tage an der Kuratoriumssitzung teilzunehmen.

Aus Indien liegt ein Brief vom 9. August von Präses Stosch aus Ranchi vor, der an seine Gattin auf dem Umwege über die Schweiz gelangt ist. Danach sind unsere vier jüngeren Brüder Dr. Wolff, Klimkeit, Jellinghaus und Borutta seit Anfang Juli wieder in Ahmednagar interniert. Schwester Irene Storim ist, Gott sei Dank, nicht erkrankt, sondern befindet sich mit Frau Missionar Wolff und Frau Missionar Borutta in Hazaribagh, unweit Ranchi. Präses Stosch, die Missionsschwestern Anni Diller und Hedwig Schmidt sowie Frau Missionar Klimkeit sind in Ranchi verblieben. Präses Stosch hat viel zu tun, fühlt sich aber gesundheitlich wohl. Leider ist mit keinem Worte von Bruder Radsick die Rede; ich möchte aber annehmen, dass er immer noch in Assam ist und ähnlich wie Präses Stosch die Möglichkeit hat, die Arbeit in Assam zu leiten.

Wir dürfen im Rückblick auf das vergangene Jahr für die Führungen und Bewahrungen unseres Gottes, die wir sowohl auf dem Missionsfelde wie auch in der Heimatarbeit spüren durften, aus tiefstem Herzen dankbar sein. Von den Brüdern, die im Felde stehen - Bruder Elster und die Missionskandidaten Schubert, Knetsch, Jakumeit und Meckel -, sind alle ausser Bruder Jakumeit unverletzt durch das erste Kriegsjahr hindurchgekommen; auch Bruder Jakumeits Wunde ist wieder ausgeheilt. Er ist am 22. Dezember mit seiner Braut, Fräulein Nehring, in seiner Heimatgemeinde Werden (Memelgebiet) getraut worden, und ich habe ihm dazu im Namen des Kuratoriums die herzlichsten Grüsse und Segenswünsche übermittelt.

Bruder Elster ist zur Zeit auf Weihnachtsurlaub. Er ist wohl auf und lässt die Herren des Kuratoriums von ganzem Herzen grüssen. Leider ist es zur Zeit nicht möglich, ihn für unseren Heimatdienst freizubekommen. Vielleicht ist es später möglich, für ihn einen Arbeitsurlaub von etwa 6 Wochen zu erwirken. Ich werde mir gestatten, im Namen des Kuratoriums einen entsprechenden Antrag zu stellen, sobald der Zeitpunkt dafür gegeben ist.

Unsere Reisebrüder Pfarrer Graetsch, Missionar Schulze und Pastor Hess haben ein schweres Arbeitsjahr hinter sich. Gott aber hat unsere Arbeit in der Heimat auch reich gesegnet. Das drückt sich nicht nur äusserlich in dem Ertrag dieses Jahres aus, der das Ergebnis des Vorjahres erfreulich übersteigt, sondern zeigt sich vor allem in der Tatsache, dass es uns im vergangenen Jahr gelungen ist, systematisch alle unsere Freundesgebiete persönlich aufzusuchen und in Fühlung mit uns zu halten.



So bitte ich Sie, mit uns hier im Hause mit Lob und Dank gegen Gott auf das zu Ende gehende Jahr zurückzublicken und Ihm die Ehre zu geben.

Mit den herzlichsten Segenswünschen für Sie persönlich und Ihre Arbeit im kommenden Jahr

Ihr

sehr verehrte Herr!  
sehr ergebener

*L. K.*

In der letzten Zeit hat die Missionierung eine sehr wichtige Rolle gespielt. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen.

Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen.

Wir haben im letzten Jahr sehr erfolgreich gearbeitet. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen.

Brüder, wir haben im letzten Jahr sehr erfolgreich gearbeitet. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen.

Unsere Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Die Missionen sind im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen.

An die Herren  
Kuratoriumsmitglieder.

Sehr verehrte Herren!

Obwohl wir grundsätzlich keinen schriftlichen Bericht über eine Kuratoriumssitzung versenden, halte ich es im Blick auf unsere letzte Kuratoriumssitzung vom 27. ds. Mts. für notwendig und dienlich, eine Ausnahme von dieser Regel zu machen. Vor allem ist es ein Beschluss, der für die Einberufung der Kuratoriumssitzungen künftig von entscheidender Bedeutung ist und den ich Ihnen darum unverzüglich zur Kenntnis bringen möchte.

Es ist uns allen durchaus verständlich, wie schwer es unseren auswärtigen Mitgliedern während der Kriegszeit fällt, an den Sitzungen teilzunehmen; andererseits aber stellt uns gerade diese Zeit immer wieder vor schwerwiegende Entscheidungen, die oft rasch getroffen werden müssen. Darum müsste ein Weg gefunden werden, um die Beschluss- und Arbeitsfähigkeit des Kuratoriums sicherzustellen. Auf Vorschlag von Herrn Konsistorialrat Foertisch hat darum das Kuratorium in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluss gefasst: "Für die Kriegszeit ist eine Sitzung des Kuratoriums unter allen Umständen beschlussfähig, wenn zu dieser Sitzung von drei Mitgliedern des Kuratoriums ins Missionshaus eingeladen worden ist."

Von besonderer Wichtigkeit war ferner die Frage, wer den Vorsitz im Kuratorium übernehmen soll, nachdem unser bisheriger bewährter Vorsitzender Herr Hofprediger Richter-Reichhelm seinen Vorsitz in der Dezembersitzung des Kuratoriums wegen Amtsüberlastung niedergelegt hat. Wie Sie alle wissen, plante Herr Hofprediger Richter-Reichhelm schon seit langem, dies zu tun; und nur die ungeklärte Lage, in der sich heute alle kirchliche Arbeit befindet, veranlasste ihn, seinen Entschluss immer wieder hinauszuschieben. Damals im Dezember wurde nun zunächst eine provisorische Regelung getroffen. Herr Hofprediger Richter-Reichhelm erklärte sich auf unsere Bitten bereit, nach wie vor den Vorsitz nominell zu führen, während Herr Pfarrer Roterberg es freundlichst übernahm, fortan die Sitzungen zu leiten. Diese vorläufige Regelung sollte bestehen, bis der neue Vorsitzende gewählt war. In der letzten Kuratoriumssitzung handelte es sich nun nicht schon um die Wahl eines neuen Vorsitzenden; es wurden Namen vorgeschlagen, darunter auch Namen von Persönlichkeiten, die einflussreiche Stellen innehaben und in der Öffentlichkeit bekannt sind. Nach eingehenden Erwägungen sah das Kuratorium davon ab, eine Persönlichkeit als Vorsitzenden in Aussicht zu nehmen, die allzu stark im Vordergrund der Öffentlichkeit steht. Es beschloss, Herrn Regierungsrat Hoeller (aktiver Regierungsrat beim Finanzamt in Berlin) ins Kuratorium zu berufen, und zwar in der Absicht, ihn später zum Vorsitzenden des Kuratoriums zu wählen.

Zugleich aber wurde der Beschluss gefasst, mit Persönlichkeiten, die über einflussreiche Beziehungen in Staat, Partei, Heer und Industrie verfügen und von denen einige für den Vorsitz des Kuratoriums in Aussicht genommen waren, Fühlung zu nehmen und in Verbindung zu bleiben.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr

sehr ergebener

*Johannes*



An die  
Herren Kuratoriumsmitglieder.

Hochgeehrte Herren und Brüder !

Da sich begründete Hoffnungen zunächst zerschlagen haben, daß Missionsinspektor Lokies im Juli wieder bei uns sein und die Arbeit aufnehmen könnte und eine Kuratoriumssitzung im Augenblick schwer zu organisieren ist, möchten wir uns erlauben, auf diesem Wege das Kuratorium über unsere Weiterarbeit zu unterrichten.

1) Indien. Wie Sie aus dem Schreiben vom 9. Juli erfahren haben, erhielten wir zwei Briefe aus Indien, datiert vom Ende Mai. Außer diesen ist auf persönlichem Wege oder auch über das Auswärtige Amt, das wir um ständige Unterrihtung baten, bisher nichts Neues eingetroffen. Wir senden nach Möglichkeit wöchentlich ein bis zwei Briefe an die internierten Brüder und Schwestern in der Hoffnung, daß wenigstens ein Teil davon sein Ziel erreicht.

2) Bruder Lokies konnten wir mehrfach dienstlich besuchen und fanden ihn gesundheitlich und seelisch ungebrochen. Er ist, wie alle anderen Amtsbrüder, immer noch in Untersuchungshaft und befindet sich im Gefängnis Plötzensee. Er hat Möglichkeit zum Lesen und Schreiben. Er läßt sehr grüßen. Bruder Böhm befindet sich im Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit.

3) Das Auswärtige Amt hat unseren Missionar Bruder Schulze dienstverpflichtet. Wir haben uns im Entstehen und weiteren Verlauf der Angelegenheit aufs intensivste mit allen infrage kommenden Stellen in Verbindung gehalten, um Fehler nach der Seite der Zustimmung wie Ablehnung zu vermeiden: mit Konsistorialrat Foertsch, soweit möglich mit Bruder Lokies, mit Missionsdirektor Ihmels, mit den Herren der Berliner Mission, mit Fachleuten verschiedener Stellen und schließlich mit dem Auswärtigen Amt selbst. Alle möglichen Folgen für das Missionsfeld und die Brüder draußen wie für den Beruf von Bruder Schulze selbst sind mündlich und schriftlich bedacht und vorgetragen worden. Dadurch, daß das Auswärtige Amt Bruder Schulze dienstverpflichtet hat, bleibt u. Z. sein Anstellungsverhältnis bei der Missionsgesellschaft und alle Weiterungen wie bei den zum Militärdienst eingezogenen Brüdern unverändert. Er wohnt weiter im Missionshause und hat täglich seinen

im Auswärtigen Amt, wodurch er für unseren Reisedienst leider ganz ausfällt.

4) In der Heimatarbeit stehen im Augenblick nur Bruder Graetsch und Bruder Bethge für den Reisedienst zur Verfügung (Bethge nur zu kurzen Reisen wegen der laufenden Arbeiten im Missionshause). Sie absolvieren den diesjährigen Reisedienst in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg, Sachsen und Westfalen. Außerdem können wir noch über Schwester Auguste Fritz verfügen, die eine Reise in Schlesien hinter sich hat und demnächst nach Ostfriesland fahren wird. Wir bitten die Mitglieder des Kuratoriums herzlich, uns bei den Überlegungen zu helfen, wie der Kräftenot zu steuern ist.

Provinzialmissionsfeste haben stattgefunden für die Provinz Sachsen in Sangerhausen und für Ostpreußen in Labiau. Beide mit gutem Erfolg, das ostpreußische trotz des Zusammenfallens mit dem Feldzugsbeginn im Osten. Die Grünberger Pastorentage sind gut verlaufen. Weiter geplante und schon eingeleitete Pastorenkurse in Sachsen und Pommern werden vielleicht nicht zustande kommen, da soeben ein Runderlaß des Reichsverkehrsministeriums bekannt wird, der zur Entlastung des Eisenbahnverkehrs "jegliche Tagungen und Kongresse sowie sonstige Veranstaltungen, die für die Teilnehmer mit Eisenbahnfahrten verbunden sind", untersagt. Die volksmissionarische Woche in Breslau war ein Erfolg.

Im Büro hat inzwischen Fräulein Steinforth anstelle von Fräulein Mielke ihren Dienst angetreten.

5) In der Anlage übersenden wir die Kassenberichte für die Monate März, April und Mai. Zu unseren Einnahmen ist zu bemerken, daß wir, bis Ende Juli gerechnet, eine Mehreinnahme von rund RM 12.000.-- gegenüber 1940 haben.

6) Missionsinspektor Lokies bittet das Kuratorium, sein Einverständnis zu Gehaltserhöhungen zu geben, die durch den Personalwechsel wie die besonderen Verhältnisse der Kräftenot begründet sind. Das Gehalt von Herrn Mühlwinkel soll um RM 50.--, das von Fräulein Reichel um RM 15.-- gesteigert werden. Wir bitten im Falle eines Widerspruches sogleich um Nachricht.

7) Wir hoffen, für den September wieder eine Sitzung einberufen zu können.

Indem wir bitten, aller Brüder draußen und drinnen, ihrer Familien und auch unserer Arbeit herzlich zu gedenken, grüßen wir Sie

Ihre sehr ergebenen

*J. Zeffe, Pastor*

*Dr. Mühlwinkel*



An die  
Herren Kuratoriumsmitglieder.

Sehr verehrte Herren und Brüder !

In der letzten Kuratoriumssitzung hatten wir den Dienstag, 12. Mai, als nächsten Sitzungstag in Aussicht genommen. Nun erhalte ich von verschiedenen Mitgliedern des Kuratoriums die Mitteilung, daß es Ihnen unmöglich sei, zu einer Sitzung an diesem Tage zu erscheinen. So ist z.B. Herr Beenken bis Ende dieses Monats verreist. Seine Abwesenheit ist deswegen besonders bedauerlich, weil es nicht möglich ist, ohne ihn eine Sitzung des Finanzausschusses abzuhalten, die der nächsten Kuratoriumssitzung unbedingt vorausgehen müßte. Unter dem Punkt der Tagesordnung "Anträge aus der Finanzkommission" muß in der nächsten Kuratoriumssitzung ein Antrag der Missionsfilmgenossenschaft verhandelt werden, der von jeder der an der Missionsfilmgenossenschaft beteiligten Missionsgesellschaften je RM 5000.— à fonds perdu verlangt. Dazu kommen noch andere Beratungsgegenstände finanzieller Art, bei denen die Anwesenheit von Herrn Beenken notwendig wäre. Auch Herr Konsistorialrat Foertsch kann zum 12. Mai nicht nach Berlin kommen. Ich möchte darum vorschlagen, diese nächste Kuratoriumssitzung auf Dienstag, dem 9. Juni, zu verschieben und die dafür erforderliche vorbereitende Sitzung des Finanzausschusses auf die erste Juniwoche zu legen. Ich bitte die Herren Mitglieder des Kuratoriums, sich mit dieser Verschiebung freundlichst einverstanden zu erklären und den 9. Juni als nächsten Sitzungstag fest vorzumerken. Die Juni-Sitzung müßte unter allen Umständen stattfinden, auch wenn das eine oder andere Kuratoriumsmitglied am Erscheinen verhindert wäre.

Mit den herzlichsten, brüderlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Lokic

P.S. Als wichtigste Nachricht aus Indien möchte ich Ihnen mitteilen, daß Präses Lic. Stosch, die Missionsschwester Hedwig Schmidt und Anni Diller und die Missionarsfrauen Jellinghaus und Klimkeit, die bisher in Ranohi waren, von Ranohi fortgekommen sind. Präses Lic. Stosch ist nach Govindpur übersiedelt, wohin ihm das theologische Seminar mit Joel Lakra nachfolgt. Die Frauen sind alle miteinander nach der Missionsstation Gumla umgezogen. Die Gründe für diese Umzüge sind uns nicht genannt worden. Vom Gesichtspunkt der Arbeit braucht sich diese Ortsveränderung nicht ungünstig auszuwirken.

x  
Lieber Herr Kuratoriumsmitglied, ich habe mir die Mitteilung von Ihnen sehr dankbar genommen. Ich werde mich mit Herrn Beenken in Verbindung setzen, um zu erfahren, wann er zurückkehrt. Ich werde auch mit Herrn Foertsch in Verbindung treten, um zu erfahren, wann er nach Berlin kommen kann. Ich werde die Sitzung auf den 9. Juni verschieben und die vorbereitende Sitzung des Finanzausschusses auf die erste Juniwoche legen. Ich bitte Sie, sich mit dieser Verschiebung freundlichst einverstanden zu erklären und den 9. Juni als nächsten Sitzungstag fest vorzumerken. Die Juni-Sitzung müßte unter allen Umständen stattfinden, auch wenn das eine oder andere Kuratoriumsmitglied am Erscheinen verhindert wäre.

mögliche  
Arbeitsgemeinschaft zwischen  
Gossner Mission und  
Berliner Missionsgesellschaft



Vorschläge für die Verhandlungen im Verbindungsausschuss der  
Berliner und Gossnerschen Missionsgesellschaft.

1.) Als Grundlage für die Verhandlungen liegen zum Teil voneinander abweichende schriftliche Unterlagen vor: Die Ausführungen des Missionsinspektors Lokies über die Vorgänge, die zur Findung des geltenden Verteilungsschlüssels führten, und die Antwort des Missionsinspektors Braun darauf. Vor Beginn der Verhandlungen in einem erweiterten Gremium sollten beide Missionsinspektoren persönlich den Versuch unternehmen, sich untereinander zu verständigen, die beiden von ihnen verfassten Schriftsätze ineinanderzuarbeiten und damit, wenn irgend möglich, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Sollte sich aus ihrer Besprechung ergeben, dass sie in verschiedenen Punkten nicht zur Übereinstimmung gelangen könnten, so sollten diese Punkte besonders herausgestellt werden. Eine Verhandlung in einem grösseren Gremium ohne diese Vorarbeit erscheint unfruchtbar und ist von vornherein mit unnötigen Spannungen belastet, während der vorgeschlagene Weg einer Verständigung von vornherein die Wege ebnet.

2.) Zu gleicher Zeit sollten der Schatzmeister der Berliner Mission, Herr Baumgart, und Herr Missionssekretär Mühlnickel die zahlenmässigen Grundlagen nachprüfen. Vor allem ist der Tatsache nachzugehen, inwieweit die Einnahmen beider Missionsgesellschaften im Vergleich zu den Durchschnittseinnahmen der Jahre 1928/31, auf denen sich der Verteilungsschlüssel aufbaut, bei beiden Missionsgesellschaften zurückgegangen sind.

3.) Es wird vorgeschlagen, die Verhandlungen nicht in einem ausserordentlichen Gremium, sondern in dem im Abkommen vereinbarten Verbindungsausschuss der Berliner und Gossnerschen Missionsgesellschaft zu führen. Auch der Berliner Vorschlag nennt in der Hauptsache Personen, die bereits dem Verbindungsausschuss angehören; nur eine einzige Persönlichkeit, Herr Pfarrer Hanschkatz, gehört nicht dazu. Das Abkommen aber sieht durchaus in seinem Wortlaut vor, zu Beratungen über bestimmte Gegenstände auch noch andere Persönlichkeiten hinzuzuziehen. Darum sollte unser Vorschlag dahingehen, die bevorstehenden Verhandlungen im Rahmen des geltenden Abkommens zu führen. Wünschenswert wäre es, wenn die über die ordentlichen Mitglieder des Verbindungsausschusses hinaus zugezogenen Persönlichkeiten Freunde beider Gesellschaften sind, d. h. wenn es sich um Pfarrer handelt, dass sie in ihrer Gemeinde praktisch für beide Gesellschaften arbeiten.

4.) Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass solche Verhandlungen, die das Verhältnis der Gossnerschen zur Berliner Mission zum Gegenstand haben, möglichst unter einem Schweigegebot gegenüber Aussenstehenden geführt werden sollten, bis ein befriedigendes Resultat erzielt ist. Jede Gerüchtemacherei trägt zur Beunruhigung der Missionsgemeinden bei und schadet beiden Teilen. Es sind bereits jetzt schon bei Pastoren allerlei Gerüchte über Spannungen der Berliner und Gossnerschen Mission im Gange, die die Heimatarbeit beider Missionsgesellschaften unnötig belasten. Darum sollte von uns aus die Bitte ausgesprochen werden, die Verhandlungen zunächst wirklich nur im Verbindungsausschuss und in den Vorständen zu führen, und zwar mit der ernstesten Zielsetzung zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Berliner Missionsgesellschaft

Berlin NO 18, den 20. Juni 1940  
Georgenkirchstr. 70An das Kuratorium  
der Gossnerschen MissionBerlin-Friedenau

Handjerystr. 19/20

Sehr geehrte Herren und Brüder!

Ihr Schreiben vom 8. Juni 1940 ist in unsere Hand gekommen. Wir bedauern, Ihnen sagen zu müssen, dass die darin behandelte Frage durch dieses Schreiben von uns nicht als erledigt angesehen werden kann. Wir müssen Sie vielmehr bitten, über das finanzielle Abkommen, das zwischen Ihnen und uns am 5. April 1932 geschlossen worden ist, in eine neue, gründlichere Erörterung einzutreten; denn es handelt sich dabei nicht nur um die Frage, wieviel in diesem Jahr von der Berliner Mission der Gossnerschen Mission an Geld überwiesen werden soll. Um es deutlich zu machen, dass es sich für uns um mehr als das handelt, teilen wir Ihnen zunächst mit, dass wir nunmehr darauf verzichten, an der Ueberweisung, die nach dem zahlenmässigen Ergebnis der Eingänge des vorigen Jahres von uns an Sie zu leisten ist, etwas zu ändern. Sie erhalten in diesen Tagen den gesamten Betrag von RM 18.233.-- zugesandt. Aber wir müssen gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, dass das vorliegende Problem zwischen uns nunmehr in anderer Weise als bisher erörtert wird.

Der Wortlaut Ihres Schreibens macht es uns deutlich, dass es uns auf dem bisherigen Wege nicht gelungen ist, verständlich zu machen, warum wir gegen die Fortdauer des jetzigen Zustandes zwischen den beiden Missionsgesellschaften wesentliche Bedenken haben. Die Begründung, mit der Sie uns den Verzicht auf RM 8.233.-- aussprechen, und die Bedingungen, mit denen Sie diesen Verzicht begründen, bedeuten für uns einen untragbaren Abschluss von einer Reihe ausserordentlich peinlicher Verhandlungen und würden, wenn wir sie stillschweigend annehmen, auf das bestimmteste zu schwereren Spannungen führen, als sie in der letzten Zeit zu unserem Bedauern auf diesem Gebiet entstanden sind. Zugleich zeigt diese Begründung, dass Ihnen offenbar der entscheidende Gesichtspunkt, unter dem uns die volle Ueberweisung unseres Ueberschusses an Einnahmen an Sie für unrichtig erscheint, nicht zugänglich geworden ist. Wir hatten wiederholt und mit grossem Nachdruck auf folgende Missverhältnisse hingewiesen: Seitdem über die Gossnersche Mission eine Devisensperre verhängt worden ist, die leider auch unser Direktor unter dem ganzen Einsatz seiner Person beim Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten vergeblich zu beseitigen versucht hat, haben Sie, von Einzelheiten abgesehen, die Geldversorgung für Ihre Missionare nicht mehr durchführen können, während wir die grosse Zahl unserer Missionare nach wie vor zu versorgen hatten, nur dass wir durch die Deportierung unserer Missionare aus Ostafrika und durch den nun drei Jahre andauernden Krieg im Fernen Osten noch stärker als früher belastet waren. Wir sind der Ueberzeugung, dass jeder, der unbefangen der Tatsache ins Gesicht sieht, dass Sie bedauerlicherweise Gelder auf Ihr Missionsfeld nicht senden konnten, wir dagegen in vollem Masse angespannt waren, es verstehen wird, wenn wir es als untragbare Härte empfinden, in einer solchen Situation Jahr für Jahr beträchtliche Summen aus unseren Einnahmen an Ihre Mission überweisen zu sollen. Wir hatten geglaubt, dass die Unnatur und Unbilligkeit eines solchen Vorganges einleuchten müsse, und in den Besprechungen des Verbindungsausschusses ausführlich und nachdrücklich davon gesprochen. In Ihrem Schreiben an uns gehen Sie auf



diesen unseren wichtigsten Gesichtspunkt überhaupt nicht ein, sondern behandeln unsere Bedenken so, als ob wir die Gossnersche Mission um den "Erlass" einer Schuld oder um eine Art von Beihilfe gebeten hätten.

Wir können das Verhältnis zwischen unseren beiden Missionen unmöglich so ansehen, wie es dieses Ihr Schreiben zum Ausdruck bringt.

Wir hatten aber ausser dem Hinweis auf die bezeichnete Unnatur in den letzten Jahren auch weiter darauf aufmerksam gemacht, dass uns das Ergebnis der letzten Jahre die Revisionsbedürftigkeit des Verteilungsschlüssels deutlich zu machen schien. Wir hatten dann auf eine solche Revision verzichtet, weil uns Herr Missionsinspektor Lokies, noch ehe die Verhandlungen im Verbindungsausschuss ihr Ende gefunden hatten, mitteilte, dass er "mit gebundener Marschroute" zu diesen Besprechungen komme, da das Kuratorium von vornherein eine Aussprache über eine Revision des Abkommens kategorisch ablehne. Obwohl wir den Sinn der Besprechungen im Verbindungsausschuss dahin auffassten, dass zunächst im engeren Kreise der nächsten Sachverständigen der jeweilige Tatbestand zur Klärung gebracht werden soll, um dann den beiden Vorständen der Gesellschaften gegebenenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, haben wir um dies Friedens willen damals auf eine weitere Besprechung über die etwaige Notwendigkeit einer Revision verzichtet. Dazu sind wir nun nicht mehr in der Lage. Wir müssen vielmehr unter Berufung darauf, dass schon bei unserem Abkommen von vornherein festgelegt worden war, dass nach mindestens drei Jahren eine Revision des Verteilungsschlüssels erwogen werden könne, darauf bestehen, dass wir in eine gründliche Erörterung der Frage eintreten, ob sich der Verteilungsschlüssel bewährt hat und wie er gegebenenfalls geändert werden sollte. Ein grosser Teil der Gesichtspunkte, die uns zu diesem Wunsch nötigen, finden Sie in dem beigefügten Aufsatz unseres Missionsinspektors Braun dargelegt.

Nachdem die Besprechungen im Verbindungsausschuss so unbefriedigend verlaufen sind, können wir uns von einer Fortführung dieser Beratungen jetzt nichts mehr versprechen, sondern müssen darum bitten, dass eine Aussprache in einem etwas grösseren Kreise eintritt. Von unserer Seite würden daran teilnehmen müssen ausser dem Direktor die Missionsinspektoren Wilde, Funke, Braun, Pfarrer Hanschkatz und unser Schatzmeister Baumgart. Wir geben anheim, Ihrerseits Zahl und Namen Ihrer Teilnehmer an dieser Besprechung zu benennen.

Wir geben mit allem Ernst der Ueberzeugung Ausdruck, dass nur durch eine solche Aussprache grösseres Unheil wie verschärfte Spannung zwischen unseren Gesellschaften und starkes Befremden in der heimatlichen Missionsgemeinde vermieden werden kann.

Mit brüderlicher Begrüssung

Das Komitee

(gez.) Knak.

### Abschrift.

Zu der Antwort von Miss.-Insp. Lokies auf die Frage:

"Wie wurde während der Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft der Berliner und Goßnerschen Mission in den Jahren 1931/32 der in dem Abkommen zwischen den beiden Missionsgesellschaften festgelegte Verteilungsschlüssel gefunden?"

Den Anlaß für den Abschluß der Arbeitsgemeinschaft zwischen der Berliner und der Goßnerschen Missionsgesellschaft vom 1.4.32 ab bildeten Schwierigkeiten der heimatlichen Werbearbeit im gemeinsamen östlichen Hilfsgebiet und der immer wieder auftretende Wunsch vieler Missionsfreunde nach einem engeren Zusammengehen beider Missionen. Im Unterschied von früheren Verhandlungen wurden daher lediglich eine gemeinsame Heimatarbeit und eine gerechte Verteilung der Gaben im gemeinsamen Hilfsgebiet angestrebt.

Der Goßnersche Freundeskreis außerhalb des gemeinsamen Hilfsgebiets, insbesondere in Ostfriesland und Bayern, aber auch im übrigen Westen Deutschlands konnte trotzdem nicht unberücksichtigt bleiben. Goßner befürchtete stark, daß das engere Zusammengehen mit Berlin im Osten einen nachteiligen Einfluß auf die Haltung und Gebefreudigkeit der Goßnerfreunde im Westen haben würde. Es sah ein Zerbröckeln seines Freundeskreises und einen starken Rückgang seiner Einnahmen voraus. Daher verlangte es eine Verbesserung des Verteilungsschlüssels: "Für das Risiko im Westen darf Goßner einen kleinen Ausgleich im Osten wünschen" (Brief Stosch 29.2.32).

Eine weitere Schwierigkeit für das Finden des Schlüssels bildete das Darniederliegen der Goßnerschen Heimatarbeit vor Berufung von Miss.-Insp. Lokies in das Inspektorat. Goßner bewertete seine östlichen Einnahmen in den Jahren 1928/30 gering und sah das günstige Ergebnis von 1931 in erster Linie als maßgebend an. "Wir bitten, es uns nicht zu verübeln, wenn wir immer wieder die Probe an dem Jahr 1931 machen. Wir sehen in dem günstigen Ergebnis dieses Jahres einen normalen Fortschritt. Die Höhe ist nicht ersprungen, sondern erklettert worden." "Es darf nicht vergessen werden, daß Goßner ... noch ganz im Anfang des Wiederaufbaus steht" (Brief Stosch vom 14.3.32). Goßner erhoffte zuversichtlich eine weitere Steigerung seiner Einnahmen. Als Ziel hierfür verwies es wiederholt auf seine Einnahmen vom Jahre 1913. Goßner verlangte darum umso mehr eine Verbesserung seines Schlüssels über den zahlenmäßigen Vergleich der Jahre 1928/31 hinaus. (Brief Stosch vom 29.2.32.)

Im einzelnen ist es für die gegenwärtige Beurteilung nützlich, sich den Gang der Verhandlungen in den Jahren 1931/32 zu vergegenwärtigen. Der Vergleich der beiderseitigen Einnahmen zeigte, daß Goßner in den Jahren 1928/31 im Osten 17/30, im Westen dagegen 13/30 seiner Einnahmen gehabt hatte. Der Durchschnitt aus den beiderseitigen Einnahmen im gemeinsamen Hilfsgebiet in den Jahren 1928/31 ergab den Verteilungsschlüssel von 11/12 für Berlin und 1/12 für Goßner. Goßner wandte dagegen ein, daß Berlin 1928 durch die Gebets- und Opferwoche ein besonders günstiges Jahr habe, während es selbst nur 1931 als normales Einnahmejahr ansehen könne, das auch nur der Anfang einer weiteren Steigerung sei. Es befürchtete, daß es von seinem noch zu erhoffenden weiteren Arbeitsertrag in Zukunft ungebührlich viel an die Berliner Mission abführen müsse. Darum wurde vorgeschlagen, für alle gemeinsamen Einnahmen über 900.000 RM den Schlüssel von 4/5 und 1/5 anzuwenden. Im letzten Stadium der Verhandlungen brachte Goßner einen neuen, von Miss.-Insp. Lokies angeregten Vorschlag heraus, nach dem ein Spitzenbetrag von 120.000 RM vorweg ausgesondert und nach dem



Schlüssel von  $\frac{3}{4}$  für Berlin und  $\frac{1}{4}$  für Goßner verteilt werden sollte. Dies sollte Goßner eine Stabilität der Einnahmen sichern und die von ihm als berechtigt angesehene Verbesserung gegenüber den Durchschnittsergebnissen der Jahre 1928/31 bringen. Die Berliner Mission machte dagegen schwere Bedenken geltend. Weder sei ein Abbröckeln des Goßnerschen Freundeskreises im Westen noch eine weitere Steigerung seiner Gaben im Osten über das Ergebnis des Jahres 1931 hinaus vorauszusehen. Vielmehr werde das Jahr 1931 von Goßner einseitig überbetont. Bei einem Sinken der Einnahmen von Berlin müsse dieser Spitzenbetrag mit dem bevorzugten Schlüssel sich nachteilig für Berlin auswirken. Es versprach, auch das Seine dazu zu tun, damit die Goßnerschen Befürchtungen im Westen nicht einträfen. Insbesondere erklärte es sich bereit, im Deutschen Evangelischen Missionsrat gegenüber den andern Gesellschaften für Goßner einzutreten, um eine nachteilige Werbearbeit der im Westen heimatberechtigten Gesellschaften zu vermeiden. Ebenso betonte es immer wieder, daß ihm nichts daran liege, den Goßnerschen Freundeskreis im Osten aufzusaugen. Es wolle vielmehr den Goßnerschen Freundeskreis erhalten wissen und die eigenen Freunde aufrufen, nach etwas Besonderes für Goßner zu tun. Zeitweise neigte Goßner dazu, sich unter diesen Umständen mit einem Spitzenbetrag von 100.000 RM zufrieden zu geben. (Brief Stosch vom 14.3.32.) Schließlich ging Goßner aber weder auf einen Spitzenbetrag von 100.000 RM noch auf den von Berlin hierfür vorgeschlagenen Schlüssel von  $\frac{4}{5}$  und  $\frac{1}{5}$  ein. Die Verhandlungen kamen in ein sehr schwieriges Stadium, in dem der Berliner geschäftsführende Heimatsinspektor überlegte, ob er nicht von seinem Amt zurücktreten und den Weg für die Goßnerschen Forderungen freimachen solle, da er sie selber für kaum verantwortbar hielt. Goßner lehnte alle Vorschläge der Berliner Missionsgesellschaft ab und stellte als *condicio sine qua non* folgende Schlüsselverteilung auf:

- 1.) Aussonderung eines Spitzenbetrages von 120.000 RM und Verteilung nach dem Verhältnis von  $\frac{3}{4}$  und  $\frac{1}{4}$ .
- 2.) Verteilung der weiteren östlichen Einnahmen von 880.000 RM (1 und 2 = 1.000.000 RM) nach dem Schlüssel von  $\frac{11}{12}$  Berlin und  $\frac{1}{12}$  Goßner.
- 3.) Verteilung der gemeinsamen östlichen Einnahmen über 1.000.000 RM hinaus nach dem Verhältnis von  $\frac{4}{5}$  Berlin und  $\frac{1}{5}$  Goßner.

Berlin nahm diese schweren Bedingungen schließlich unter Bedenken an, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Es schlug als Sicherung lediglich vor, daß im Abkommen die Möglichkeit einer Revision vorgesehen werde, da die Basis zur Findung des Schlüssels außerordentlich schmal war und die zukünftige Entwicklung seiner Meinung nach nicht so sicher vorausgesagt werden konnte. Eine spätere Revision, die schon nach drei Jahren stattfinden konnte, sollte eine Fehlentwicklung vermeiden, da das Abkommen nur fruchtbar wirken kann, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen beiden Gesellschaften gestärkt wird.

Als Auswirkung des Abkommens zeigte sich bald eine erhebliche Entspannung im heimatlichen Missionsleben des Ostens, wodurch nicht nur beiden Gesellschaften, sondern auch den heimatlichen Freundeskreisen die Arbeit sehr erleichtert wurde. Goßner baute seine Heimatarbeit weiter auf. Die Zusammenarbeit kam vor der Heimat dadurch zum Ausdruck, daß Goßner auf den Provinzialfesten der Berliner Mission wiederholt vertreten war; auch gemeinsame Freundesversammlungen fanden statt. Am Vertrauensrat und in der Jahresversammlung der Provinzialsekretäre der Berliner Mission nahmen Goßner-Vertreter teil und arbeiteten mit. Auch im Westen verstärkte Goßner seinen Heimatdienst. Berlin erwirkte Erklärungen der im Westen beheimateten Missionen an ihre Freundeskreise, in denen die Goßnersche Arbeit anerkannt wurde. Ferner wurde vereinbart, daß Goßner jährlich ostfriesische, bayrische und vereinzelt auch westfälische Pastoren zum Pastorenkursus im Berliner Missionshause einlud.

Einmal reiste der Unterzeichnete zusammen mit Miss.-Insp. Lokies zum Goßnertag nach Riepe in Ostfriesland, um Fühlung mit den Goßnerschen Brüdern in Ostfriesland zu gewinnen. Es gelang nicht nur, einen Rückgang der Missionsgaben im Westen zu vermeiden, sondern auch eine Festigung Goßners ~~hier~~ ~~im~~ außerhalb des gemeinsamen Hilfsgebiets zu erreichen. Im Osten blieb der Goßnersche Freundeskreis erhalten. Vereinzelt veranstalteten Berliner Missionsfreunde auch Missionsfeste für Goßner. Eine Aufsaugung der Goßnerschen Freundeskreise im Osten wurde vermieden, so daß auch die befürchtete Abwanderung von Gaben an die Berliner Missionskasse aufs Ganze gesehen ausblieb.

Dies wird durch das fast unveränderte Verhältnis der Goßnergaben innerhalb und außerhalb des gemeinsamen Hilfsgebiets erwiesen. Das Durchschnittsverhältnis der Goßnerschen Einnahmen im Osten und Westen aus den Jahren 1932/39 beträgt: gut 16/30 aus dem Osten und knapp 14/30 aus dem Westen.

Die mit starker Gewißheit erhoffte weitere Steigerung der Goßnerschen Einnahmen über das Jahr 1931 hinaus trat leider nicht ein. Das Goßnersche Jubiläumsjahr 1936 mit seinen Nachwirkungen blieb eine Ausnahme. Die Basis für die Urteilsbildung ist heute breiter als 1932. Ein Vergleich der Berliner und Goßnerschen Einnahmen zum Friedensstand von 1913 ergibt folgendes Bild:

	Berlin:	Goßner:
1913	RM 974.000.--	RM 344.000.--
1928	" 1.013.000.--	" 148.000.--
1929	" 955.000.--	" 154.000.--
1930	" 947.000.--	" 188.000.--
1931	" 868.000.--	" 161.000.--
1932	" 683.516.--	" 149.340.--
1933	" 838.746.--	" 98.277.--
1934	" 698.836.--	" 129.698.--
1935	" 732.370.--	" 159.861.--
1936	" 755.799.--	" 186.476.--
1937	" 786.389.--	" 185.904.--
1938	" 759.289.--	" 126.429.--
1939	" 791.784.--	" 128.607.--

Hiernach hat Berlin im Jahre 1939 fast 9/12 der Einnahmen von 1913 aufzuweisen; Goßner hat dagegen nur stark 3/12 seiner Einnahmen von 1913 erreicht.

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage ergibt sich hieraus, daß die Begründungen für eine Verbesserung dieses Schlüssels durch Anerkennung eines Spitzenbetrages von 120.000 RM und eines Verteilungsmodus von 1/4 und 3/4 durch die Entwicklung gegenstandslos geworden sind. Der westliche Freundeskreis steht heute fester hinter Goßner als 1932. Es ist also gottlob das Gegenteil dessen eingetreten, was Goßner befürchtet hat. Leider ist auch die Hoffnung Goßners, daß 1931 erst der Anfang einer weiteren Arbeitsentwicklung im Osten sei, nicht eingetroffen. Vielmehr sind die Goßnerschen Einnahmen ertsprechend dem allgemeinen Gabenrückgang in den deutschen evangelischen Missionen auch im Osten zurückgegangen. Sie liegen bei Goßner in den letzten Jahren unter der Höhe von 1931. Eine weitere Annäherung an die Einnahmen vor dem Weltkrieg ist nicht erreicht. Alle Befürchtungen der Berliner Mission für eine ungünstige Auswirkung des Schlüssels sind eingetroffen. Das zeigen die jährlichen Verrechnungen deutlich. Keiner der Beteiligten hat 1932 angenommen, daß Berlin derart hohe Beträge an die Goßnersche Mission zahlen müßte, wie es in den letzten Jahren der Fall war. 1938 waren es



17.258.-- RM und 1939 sogar 18.233.-- RM. Der Spitzenbetrag von RM 120.000 mit dem Verteilungsschlüssel von 1/4 und 3/4 wirkte sich hier aus. Goßner hat das bisher in einem Jahre dadurch anerkannt, daß es als Härteausgleich auf die Hälfte der ihm nach dem Schlüssel zustehenden Summe verzichtete.

Es bleibt nur die Wahl, entweder von Fall zu Fall wiederum einen solchen Härteausgleich zu vereinbaren oder den Schlüssel abzuändern; der jetzige Zustand widerspricht den Voraussetzungen und Erwartungen, unter denen das Abkommen im Jahre 1932 abgeschlossen worden.

Hiergegen kann nicht eingewendet werden, daß die Goßnerschen Gaben im Osten nicht mehr von denen der Berliner Mission getrennt werden könnten. Nötigenfalls kann die Stichprobe durch die Prüfung der Zahlkartenabschnitte und Überweisungen gemacht werden. Auch beweist das Jubiläumsjahr, daß Goßner einen Freundeskreis hat, der direkt mit ihm in Verbindung steht.

Auch der formale Einwand muß abgewiesen werden, daß die Prüfung nach drei Jahren, also nach dem 1. April 1935, hätte erfolgen müssen. Einmal fallen formale Gründe nicht ins Gewicht, wenn es um die Sache geht. Außerdem war eine Nachprüfung des Abkommens damals nicht tunlich, weil die kirchliche Entwicklung völlig unübersichtlich war und Goßner außerdem in der Zurüstung auf das Jubiläum stand. Heute ist die allgemeine Lage zwar ebenfalls unsicher. Ein Zustand der Sicherheit dürfte aber in absehbarer Zeit nicht eintreten. Dagegen haben beide Gesellschaften heute die Möglichkeit, auf acht Jahre gemeinsamer Arbeit zurückzublicken und ihre Erfahrungen zu prüfen.

Übrigens hat Goßner bereits Ende 1933 eine Verbesserung seines Schlüssels gewünscht. Damals wies es auf den Bedarf des indischen Missionsfeldes hin und wünschte, "dem Grundsatz zuzustimmen, daß nicht so sehr die tatsächlichen Einnahmen als vielmehr die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaften für ihre Missionsfelder für die Verteilung der Gaben bestimmend sein sollten". Wäre dieser Grundsatz anerkannt worden, so hätte sich das nach Verhängung der Devisensperre äußerst nachteilig für Goßner auswirken müssen. Über eine Prüfung des Schlüssels hinaus sollte meines Erachtens das Abkommen nachgeprüft werden.

Zwischen Berlin und Goßner sind im Jahre 1933 Verhandlungen über den näheren Zusammenschluß beider Gesellschaften im Gang gewesen. Miss.-Insp. Lokies sicherte dem Direktor der Berliner Mission in einem Brief vom 13.11.33 zu, daß er die Frage der Vereinigung von Berlin und Goßner seinerseits nach Kräften fördern werde. Anfang Dezember 33 legte der Direktor der Berliner Mission auf Anregung von Präses Stosch "Gedanken über den näheren Zusammenschluß der beiden Gesellschaften" vor. Diese Verhandlungen wurden gegenstandslos, da Goßner eine Strukturveränderung seines Missionswerkes vornahm. Miss.-Insp. Lokies wurde Direktor des Brundes "Haus und Schule". Nach einem Brief von Präses Stosch vom 29.12.33 kam nun eine Vereinigung beider Gesellschaften nicht mehr in Betracht. Diese wichtige Veränderung in der Goßnerschen Mission wurde entgegen dem Abkommen ohne vorherige Befragung des Verbindungsausschusses vorgenommen. Goßner erhoffte durch die enge Verbindung mit "Haus und Schule" eine Verstärkung seines Freundeskreises und Hebung seiner Einnahmen (Brief Stosch vom 23.13.33). Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt; die enge Verbindung im Kampf um die konfessionelle Schule brachte vielmehr nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Auch die Berufung eines zweiten Inspektors, die ebenfalls ohne Anhörung des Verbindungsausschusses geschah, konnte den Verlust des restlosen Einsatzes von Missionsinspektor Lokies für die Heimatarbeit der Mission nicht ausgleichen.



Die im Abkommen vorgesehene gemeinsame Festliste ließ sich auf die Dauer nicht erreichen. Der Versuch scheiterte. Ein Blick in die monatlichen Festlistenauszüge zeigt, daß es Goßner nicht möglich war, seine in der Heimat weilenden Missionare zu dem gleichen intensiven Rdsedienst zu veranlassen, wie er in der Berliner Mission üblich ist. Berlin hat die Heimatarbeit in unverhältnismäßig hohem Maße getragen.

Die geplante persönliche engere Verbindung beider Gesellschaften durch Berufung eines Berliner Inspektors in das Goßnersche Kuratorium, dem die Wahl eines Mitgliedes des Kuratoriums in das Komitee der Berliner Mission folgen sollte, scheiterte an der ablehnenden Haltung des Kuratoriums.

Es entspräche nicht dem Willen des Herrn der Kirche, wenn der Schlüssel von beiden Gesellschaften nicht mehr als innerlich berechtigt anerkannt werden könnte. Da er zur Zeit eine ungerechte Härte für die Berliner Mission darstellt und die darüber hinaus angeführten Tatbestände die Gefahr einer inneren Entfremdung heraufzuführen können, erscheint es erwägenswert, die Entwicklung beider Missionen innerhalb des Abkommens ernsthaft zu prüfen und dabei auch den Verteilungsschlüssel, in Sonderheit den des Spitzenbetrages, nachzufeilen.

Berlin, den 11. Juni 1940.

gez. B r a u n ,  
Missionsinspektor.

Wie wurde während der Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft der Berliner und Gossnerschen Mission in den Jahren 1931/32 der in dem Abkommen zwischen den beiden Missionsgesellschaften festgelegte Verteilungsschlüssel gefunden?

Die Grundtatsache, auf der sich der Schlüssel im Gegensatz zu allen vorausgegangenen Verhandlungen beider Missionsgesellschaften über ihre etwaige Vereinigung aufbaut, ist der Begriff der Arbeitsgemeinschaft lediglich in der heimatlichen Werbearbeit und ihre Beschränkung allein auf das gemeinsame östliche Hilfsgebiet. Die westlichen Freundeskreise der Gossnerschen Mission wurden nicht in das Abkommen hineinbezogen, so daß die Einnahmen aus diesen mit der Berliner Mission nicht gemeinsamen Hilfsgebieten nicht unter den Verteilungsschlüssel fielen.

Ferner war von entscheidender Bedeutung, dass der Verteilungsschlüssel nicht aufgrund des beiderseitigen Solls, sondern aufgrund der Ist-Einnahmen während der 3 - 4 letzten Jahre (1928, 1929, 1930 und 1931 als Probe aufs Exempel) gesucht wurde. Das bedeutete für die Gossnersche Mission, dass die Einnahmebeträge aus den allerersten Aufbaujahren nach einem zehnjährigen Stillstand und völligem Zusammenbruch der heimatlichen Werbearbeit in den Schlüssel miteingebaut wurden, während für die Berliner Mission eine ihrer höchsten Jahreseinnahmen (nämlich des Jubiläumsjahres 1928) in die Berechnung des Schlüssels einbezogen wurde. Vergleichsweise sei nur nebenbei an den Verteilungsmodus erinnert, der bei den Vereinigungsverhandlungen zwischen beiden Missionsgesellschaften im Jahre 1927 von der Berliner Mission vorgeschlagen wurde. Damals sollten beide Missionsgesellschaften aus den gemeinsamen Einnahmen zunächst ihre Heimatausgaben vorweg decken und dann die für die Missionsfelder bestimmten Gelder nach dem Schlüssel  $1/5$  für die Gossnersche und  $4/5$  für die Berliner Mission verteilen.

Damit nun aber für die Gossnersche Mission nicht die Einnahmen aus ihren schwierigsten Aufbaujahren durch den Schlüssel verewigt wurden und ihr damit jede Aussicht auf ein Wachstum ihrer Einnahmen dahinschwand, wurde beschlossen, dass der Verteilungsmaßstab  $1/12$  für Gossner und



11/12 für Berlin, der sich aus der Summe der Einnahmen beider Gesellschaften im gemeinsamen Hilfsgebiet während der Jahre 1928 - 31 ergab, nur bis zu der Grenze der bisher gemeinsam erreichten Einnahmen gelten sollte, d. h. bis rund RM 1.000.000.--.

Die Einnahmen darüber hinaus sollten als Ertrag der gemeinsamen Arbeit gelten und anders verteilt werden, damit die Gossnersche Mission einen Ausgleich in der Zukunft habe. So wurde über einen neuen Maßstab, der für die Einnahmen über RM 1.000.000.-- Anwendung finden sollte, verhandelt. Die Gossnersche Mission schlug  $\frac{1}{4}$  für Gossner und  $\frac{3}{4}$  für Berlin vor, während die Berliner Mission an dem Maßstab  $\frac{1}{5}$  für Gossner und  $\frac{4}{5}$  für Berlin festhielt.

Rein grundsätzlich war hierbei die Erkenntnis wirksam, dass es nicht genüge, für die Errechnung des Schlüssels nur die tatsächlichen Einnahmen heranzuziehen, sondern auch den Jahresbedarf beider Missionsgesellschaften. Daraus ergaben sich folgende Erwägungen: Gossner erreichte die Hälfte seines Solls erst bei einer gemeinsamen Einnahme von RM 1.000.000.--, während die Berliner Mission die Hälfte ihres Solls schon bei einer Gesamteinnahme von rund RM 780.000.-- erreichte. Dafür sollte der Gossnerschen Mission ein Ausgleich bei den Einnahmen über RM 1.000.000.-- gewährt werden, so dass es sein gesamtes Soll entsprechend schneller erreichte als Berlin. Freilich lag dieser Ausgleich für die Gossnersche Mission im imaginären Raum, da man dabei mit Einnahmen von fast unwahrscheinlicher Höhe rechnen musste, während der Vorsprung der Berliner Mission gegenüber der Gossnerschen in einem durchaus realen Zahlenraum stattfand.

Nun sanken die gemeinsamen Einnahmen bereits im Jahre 1931 stark unter RM 1.000.000.--, so dass die Berliner Mission von sich aus den Vorschlag machte, die Grenze, von der ab nach einem neuen Schlüssel verteilt werden sollte, von RM 1.000.000.-- auf RM 900.000.-- zu senken. Der Gegenvorschlag von Gossner lautete dahin, die Grenze bei RM 1.000.000.-- stehen zu lassen, dafür aber der Gossnerschen Mission einen Ausgleich nach unten zu gewähren. So entstand der Begriff der Spitzensumme von RM 100.000.-- bzw. RM 120.000.--, innerhalb deren



die Einnahmen nach dem Maßstab verteilt werden sollten: 1/4 für Gossner und 3/4 für Berlin.

Die Entscheidung in dieser Frage brachten die Briefe von Missionsinspektor Lokies vom 24. März 1932 an Missionspräsident Lic. Stosch und vom 26. März 1932 an Missionsinspektor Braun. In diesen beiden Briefen ist der gesamte Vorgang, der zu der endgültigen Festsetzung des im Abkommen niedergelegten Verteilungsschlüssels führte, beschrieben. Der Vorschlag, den Missionsinspektor Lokies in den beiden Briefen kurz vor der letzten gemeinsamen Sitzung machte, wurde von beiden Seiten angenommen: Die Gossnersche Mission verzichtete auf eine Verteilung der Einnahmen über RM 1.000.000.-- nach dem Maßstab 1/4 für Gossner und 3/4 für Berlin und stimmte der von der Berliner Mission mit grosser Entschiedenheit vertretenen Forderung des Maßstabes 1/5 für Gossner und 4/5 für Berlin zu; dafür wurde die untere Spitzensumme auf RM 120.000.-- festgesetzt und die Verteilung dieser Grundeinnahme nach dem Schlüssel 1/4 für Gossner und 3/4 für Berlin beschlossen.

So haben bei dem Zustandekommen des geltenden Schlüssels mitgewirkt:

- 1.) die tatsächlichen Einnahmen beider Missionsgesellschaften aus den Jahren 1928 - 1931 und 2.) das damalige Soll beider Gesellschaften. Die Frage eines Risikos, das die Gossnersche Mission bei dem Abschluss einer Arbeitsgemeinschaft mit der Berliner Mission im Blick auf einen etwaigen Verlust an Einnahmen aus dem Westen einging, hat bei dem gesamten Abkommen immer eine Rolle gespielt und das taktische Vorgehen beider Missionsgesellschaften bestimmt; sie hat aber bei der Errechnung des Schlüssels speziell nicht mitgewirkt. Dafür gibt es einen schlüssigen Beweis. Ein Vorschlag, den Präsident Stosch persönlich machen wollte, nämlich eine bestimmte Klausel einzufügen, die eine Steigerung der Einnahmen für die Gossnersche Mission sicherstellte, falls die Einnahmen im Westen zurückgingen, wurde von allen anderen Vertretern der Gossnerschen Mission ausdrücklich abgelehnt.

Übersicht und Vergleich  
der

Durchschnittseinnahmen der Berliner und Gossnerschen Missionsgesellschaft.

---

	<u>Berliner Mission</u>		<u>Gossner-Mission</u>	
Durchschnitt 1928/30	971.666 (incl. 31)	945.750	81.157 (incl. 31)	84.517
Durchschnitt 1932/39	714.213	714.213	78.451	78.451
Rückgang	257.453	231.537	2.706	6.066
	26,4%	24,4 %	3,3 %	7,1 %

Die Gossnersche Mission erhielt aus den nicht zu verrechnenden Gebieten:

Durchschnitt 1928/30	69.318	Durchschnitt 1928/31	68.708
1932/39	68.738	1932/39	68.738
weniger	580	mehr	30





B.K. Ema Fitz, Hamburg 34  
Bauerberg 35

4, 15, 8

Unser Vater,

DER DU bist im Himmel ... In diesem Gebet bekennen wir unsere göttliche Abstammung und zugleich auch, daß unsere völkische Abstammung dadurch unwesentlich geworden ist. Zu dieser Erkenntnis ist aber der Christ durchweg noch nicht erwacht; hier liegt der Kern der eigentlichen christlichen Entscheidung mit den weittragendsten Konsequenzen.

Ist es den Führern der Christenheit bewußt, daß der Fürst dieser Welt, der immer sein Tun mit dem Begriff "Vaterland" umschleiert, in der Macht seiner Waffengewalt gegen Gott triumphiert und die Christen ihm dienstbar gemacht werden durch die "kluge Predigt", die keine klare Entscheidung herausstellt?

In "Kain" und "Abel" liegen zwei Geistesrichtungen vor uns zur Entscheidung. Liegt das völkische Denken nicht in der Geistesrichtung Kains und haben die Christen aller Völker sich nicht durchweg für diese Geistesrichtung entschieden trotz ihres Vorbildes auf Golgatha, wo in dem Liebegeist heiligster Wehrlosigkeit Der Sieg aller Zeiten errungen ist? Ist Dieser Sieg, wie er sich als das hochragende Entscheidungsbild für alle Völker von dem Hügel Golgatha aus als das Bild des Friedens darstellt, noch der Kern des Christentums?

Die frohe Botschaft des Evangeliums ist die Aufrichtung des Reiches Gottes hier auf Erden und möge die Ausbreitung dieses Friedensreiches, (Luk. 19,15) Welches den erwachten Christen die Heimat ist, nicht noch weiterhin zum Unheil für die Menschheit aufgehalten werden durch das falsch übersetzte Pauluswort Röm. 13,1.

Das wundervolle Geheimnis aus dem "Vater unser", welches doch in allen Zungen gesprochen wird, offenbart sich als die Völkerversöhnung in dem EINEN VATER, DER als der "Friedefürst" IN DER PERSON JESUS über diese unsere Erde gegangen ist, um hier Sein Reich der ungefärbten Bruderliebe in der Verschmelzung aller Reiche aufzurichten! - Und weshalb ist diese Frucht noch nicht gebracht von der Christenheit?? Weil die Christen durchweg an dem "Weinstock der Erde" (Vaterland) und nicht an dem Weinstock Jesus Christus gewachsen sind! In ihrem falschen Volksempfinden rufen sie noch mit nach "Barabbas?"

Wird dieser heilige Name Vater nicht in jedem Krieg geschändet von den Christen, die Ihn sonntäglich aussprechen? Wird nicht Sein Reich, Welches aus den heiligsten Kräften der Feindesliebe gegründet ist, in jedem Krieg unwirklich gemacht? Geschieht im Krieg des Vaters Wille, in DEM alle Menschen zu Brüdern geworden sind? Die Beteiligung der Christen am Kriege wird somit zum Brudermord und wenn ihr Kriegsdienst nicht als Sünde und Schuld vor Gott, dem Vater, erkannt und bekannt wird in heiligster Sinnesänderung, so kann Sein Reich der Liebe und des Friedens nicht erstehen und das Gericht über die Völker muß vor sich gehen müssen nach Off. 14,18. Der Trugschluß der Christenheit, daß sie ungestraft zwei Herren dienen kann, ist als Finsternis offenbar geworden und diese steht nun wieder vor uns in der letzten Auswirkung als die Selbstvernichtung durch die Atombombe.

"Das sehnüchtige Verlangen der ganzen Schöpfung wartet auf das Offenbarwerden der Herrlichkeit der Kinder Gottes", die nicht mehr dem Vater der Lüge in seiner Waffengewalt dienen, sondern in ihrer bußfertigen Umkehr vollbewußt dem Vater im Himmel, DER als Jesus Christus diese unsere Erde gesegnet hat in Seinem Vorbild heiliger Feindesliebe.

Möge noch in allerletzter Minute Golgatha zu uns sprechen als der heilige Heimruf zum Vater, Dessen Kinder in ihrer Verirrung nun nicht mehr "meinen, was menschlich ist", sondern in ihrer Umkehr "meinen, was göttlich ist"! (Matth. 16,23) Mögen die Christen aller Völker ihre Stunde der letzten Entscheidung klar erkennen in dem Blick vom Vaterland ab auf das liebeerfüllte Bild heiligster Wehrlosigkeit, in welchem gesegnet sind alle Geschlechter auf Erden. (Matth. 11,6)

BK 4,15,8  
p.l.a. 1940

Zur Weiterarbeit von Dr. Hammelsbeck.

Der preussische Bruderrat bittet Dr. Hammelsbeck, seine Arbeit in der bisherigen Weise und unter den bisherigen Voraussetzungen fortzusetzen. Dabei bittet der Bruderrat den Rat, folgendes zu beachten:

1. Für das Arbeitsgebiet von Bruder Hammelsbeck sollen die notwendigen Mittel mit besonderem Nachdruck aus den Provinzen erbeten werden.
2. Die Frage einer baldigen wirtschaftlichen Sicherstellung seiner Familie soll vom Rat mit Bruder Hammelsbeck alsbald geregelt werden.
3. Der Rat möge Bruder Lokies und der Gossnerschen Missionsgesellschaft gegenüber ausdrücklich bekunden, dass der Bruderrat für die bisherige Zusammenarbeit und Unterstützung in Sachen der kirchlichen Schulfragen dankbar ist und auch für künftig diese Zusammenarbeit und Unterstützung in der gewohnten Weise und in verstärktem Masse erbittet.

Die beiden Entwürfe einer kirchlichen Lebensordnung sollen den Provinzialbruderräten zugeleitet werden zur Durcharbeit und Äußerung.